

- Wirtschaftsfaktor Kinderbetreuung Seite 33
- Was europäische Staaten für Familien leisten Seite 35



## Risikogruppe Scheidungsväter

### ⊕ Wie geschiedene Väter mit der neuen Situation zurecht kommen

Die Sichtweise von geschiedenen Vätern wurde in der Forschung bislang kaum berücksichtigt. In erster Linie werden Kinder und Frauen als ‚Scheidungsopfer‘ thematisiert. Dennoch gibt es eine Anzahl an Hinweisen dafür, dass Männer eine Scheidung anders und langfristig gesehen schlechter verarbeiten als Frauen. Insbesondere wenn das Sorgerecht auf die Mütter übertragen wird und Väter ihre Kinder durchs Besuchsrecht nur beschränkt zu sehen bekommen. Studien zeigen, dass Männer nach einer Scheidung häufiger krank sind als davor, ihr Selbstmordrisiko steigt und insgesamt eine höhere Sterblichkeitsrate zu beobachten ist. Der unmittelbaren Erleichterung nach der Scheidung folgen Phasen mit Apathie, Ängsten und Depressionen. Dem Aufsatz über ‚Väter und Scheidung‘ von Lu Decurtins und Peter C. Meyer liegt eine Schweizer Studie über die männliche Perspektive einer konflikthaften Scheidung zugrunde. Als Datengrundlage wurde eine Stichprobe herangezogen, die sich aus 357 geschiedenen und 131 verheirateten Vätern zusammensetzt.

### **Böses Erwachen**

Männer setzen sich in einer Partnerschaft weniger mit der Möglichkeit und den Folgen einer Trennung auseinander als Frauen. Daher trifft sie eine solche meist völlig unvorbereitet. Es stellt sich heraus, dass die größte Befürchtung vor einer Scheidung - nämlich den Kontakt zu den Kindern zu verlieren - das geringere Problem ist. Härter trifft geschiedene Väter, dass sie Unterhalt an ihre Ex-Partnerin und an abwesende Kinder aus einer zerrütteten Beziehung zahlen müssen. Und das obwohl sie die Alimentenzahlungen vor der Trennung weit aus höher eingeschätzt haben, als sie dann wirklich ausfallen. Die finanziellen Sorgen spiegeln sich auch im Arbeitsleben wider. Das Mehr an Arbeit wird für die Zahlungen an die Ex-Partnerin und die Kinder als ‚erforderlich‘ hingenommen. Für verheiratete Väter ist die Zeit, die für die Arbeit draufgeht, eher ein Thema als das Geld. Auch beim Sorge- und Besuchsrecht zeigt sich, dass die befragten Männer im Vorfeld einer Trennung mehr Schwierigkeiten befürchten, als es danach der Fall ist.

Fortsetzung

Studie

Risikogruppe Scheidungsväter

Der Konflikt nach der Scheidung könnte entschärft werden, indem bereits während der Ehe eine Rollenverteilung gelebt wird, die gleichermaßen finanzielle und emotionale Verantwortung für beide Partner vorsieht, so die Autoren. Ein ‚böses Erwachen‘ könnte auch verhindert werden, wenn das Thema Trennung schon in ‚guten Zeiten‘ angesprochen wird und Lösungen angedacht werden. Was den Scheidungsprozess betrifft, wäre für die Praxis wünschenswert, die Konfliktfähigkeit zu fördern und auf ein für beide Teile akzeptables Urteil hinzuarbeiten.

### Gesundheitsrisiko Scheidung

Die Gesundheit von Vätern nach einer konflikthaften Scheidung ist oft noch nach Jahren instabil. Nicht die objektiven Ereignisse wie juristische Streitigkeiten, sondern die psychosoziale Bewältigung einer Scheidung sind die Ursache für eine schlechtere Gesundheit. Gerade im alltäglichen Leben zeigt sich, dass Männer auf Grund mangelnder sozialer Ressourcen nur schwer mit der Situation fertig werden. Einschneidende Lebensereignisse wie Stellen- oder Wohnungswechsel wirken sich hingegen kaum auf die gesundheitliche Verfassung aus. Eine Wohltat für die Psyche geschiedener Väter kann eine neue Partnerin sein, war ein weiteres Ergebnis der Schweizer Studie. Unabhängig von einer neuen Partnerschaft hilft auch ein guter Kontakt zur Ex-Partnerin und zu den Kindern bei der Bewältigung des Alltags. Wie oft geschiedene Väter ihre Kinder sehen, hat in der Regel weniger Einfluss auf die Gesundheit als die Qualität der Beziehung.

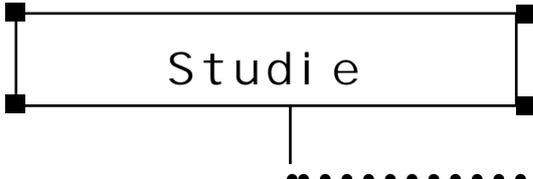
Zur Verminderung der durch eine Scheidung entstehenden Probleme führen die Autoren drei Ansätze an: 1. Der Kontakt zu den Kindern soll grundsätzlich gefördert werden. Dies ist auch für die Entwicklung des Kindes wichtig. 2. Die Kluft zwischen dem alten Rollenbild und der gelebten Vaterrolle soll verringert werden. Z. B. könnten im Rahmen einer Beratung oder Therapie gemeinsam Möglichkeiten entwickelt werden, eine stimmigere Form der Vaterschaft zu verwirklichen. Die Schwierigkeit liegt dabei vor allem darin, Väter dazu zu bewegen, professionelle Hilfe in Anspruch zu nehmen. 3. Allein stehende, geschiedene Väter leiden unter ihrem Single-Dasein. Ein Partnerschaftsvermittlung könnte dem Alleinsein Abhilfe schaffen.



### Info:

Literatur: Lu Decurtins, Peter C. Meyer: Väter und Scheidung - Zwischen Ohnmacht und Trotz. Sozialwissenschaftliche Erkenntnisse zur Scheidungsverarbeitung von Männern. In: Ingeborg Schwenzer, Andrea Büchler (Hrsg.): Die Praxis des Familienrechts. Band 1. Bern 2002. S. 48 - 66.

Kontakt:  
Sozialpädagogin Lu Decurtins, E-Mail: lu.decurtins@mannebuero.ch  
Dr. phil. Peter C. Meyer, Tel. +41-1-3842984, E-Mail: pcme@bli.unizh.ch


 Studie

## Wirtschaftsfaktor Kinderbetreuung

### ⊕ Ausbau von Kinderbetreuungseinrichtungen wirkt sich positiv auf die Volkswirtschaft aus

In Westdeutschland ist der Bedarf an Kinderbetreuungseinrichtungen noch lange nicht gedeckt. Zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf und zur Verminderung der Einkommensarmut ist aber ein gut ausgebautes Netz an institutioneller Kinderbetreuung notwendig. Mehr erwerbswillige Mütter könnten einer Beschäftigung nachgehen, und durch das zusätzliche Personal für die Kinderbetreuung würden neue Arbeitsplätze entstehen. Ein Ausbau der Kinderbetreuungseinrichtungen würde sich somit positiv auf die Einnahmen- und Einspareffekte der öffentlichen Haushalte und der Sozialversicherungsträger auswirken. Das bescheinigt ein Gutachten des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) in Berlin im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Aufgabe war es, die (Brutto-)Einnahmeneffekte öffentlicher Haushalte und Sozialversicherungsträger bei einem Ausbau von Kindertageseinrichtungen für Westdeutschland abzuschätzen. Als Basis dafür wurden nicht erwerbstätige Mütter herangezogen, die einen Erwerbwunsch äußerten und deren jüngstes Kind zum Untersuchungszeitpunkt nicht älter als 12 Jahre alt war. Die Stichproben stammen aus dem Sozioökonomischen Panel (SOEP) für das Jahr 2000. Das SOEP erfasst auch die genaueren Umstände einer arbeitslosen Person wie zum Beispiel den Erwerbwunsch von Müttern.

#### **Wenn erwerbswillige Mütter arbeiten gingen**

Durch den Ausbau von Kindertageseinrichtungen könnten erwerbswillige Frauen dem Staat sowie den Sozialversicherungsträgern Geld einbringen bzw. Kosten ersparen. Würden alle arbeitslosen Mütter und alle Mütter, die für eine absehbare Zeit zu Hause beim Kind bleiben möchten (stille Reserve bis zu 5 Jahre), einer Erwerbstätigkeit nachgehen (etwa 1,7 Millionen Frauen), so käme das zusätzliche Einkommenssteueraufkommen auf bis zu 6 Mrd. Euro und das zusätzliche Beitragsaufkommen für die Sozialversicherungsträger auf bis zu 9 Mrd. Euro im Jahr. Wären 1.000 arbeitslose Mütter erwerbstätig, so würden der öffentlichen Hand pro Jahr Steuereinnahmen von durchschnittlich ungefähr 3,5 Mio. Euro zukommen sowie den Sozialversicherungsträgern 5,5 Mio. Euro.

Als weiteres Beispiel wurden Mütter mit einer akademischen Ausbildung herangezogen. Diese haben die höchste Wahrscheinlichkeit, wieder einen Job zu bekommen. Die Erwerbstätigkeit von 1.000 arbeitslosen Akademikerinnen würde dem Staat im Schnitt über 8 Mio. Euro einbringen, die Beitragseinnahmen beliefen sich auf 10 Mio. Euro im Jahr. Alle Akademikerinnen gemeinsam (Arbeitslose und stille Reserve) würden ein zusätzliches Einkommenssteueraufkommen von bis zu 1,2 Mrd. Euro im Jahr bzw. ein Beitragsaufkommen für die Sozialversicherungen von bis zu 1,5 Mrd. Euro aufbringen.

Fortsetzung

Studie

Wirtschaftsfaktor Kinderbetreuung

**Mehr Arbeitsplätze durch mehr externe Betreuung**

Unter Annahme, dass alle Kinder von Müttern mit Erwerbswunsch in einer Kindertageseinrichtung untergebracht werden, kann abgeschätzt werden, wie viele zusätzliche Fachkräfte in einer Kinderbetreuungseinrichtung benötigt werden. Wenn nun alle noch nicht ganztags betreuten Kinder bis 12 Jahre von erwerbswilligen Müttern in einer Einrichtung wären, so würde dies einen Fachkräftebedarf von weiteren 430.000 bis 450.000 Personen bedeuten. Dies wiederum würde zu zusätzlichen Einkommenssteuereinnahmen von bis zu 1,3 Mrd. Euro und zu Beitragseinnahmen für die Sozialversicherungsträger von bis zu 4,5 Mrd. Euro im Jahr führen.

**Weniger Sozialhilfekosten durch mehr Arbeit**

Nicht alle Sozialhilfe beziehenden Mütter können mit gleicher Wahrscheinlichkeit einen Arbeitsplatz finden. Deshalb wurden bei der Abschätzung potenzieller Einsparungseffekte über eine Erwerbstätigkeit unterschiedliche Varianten berechnet. Diese speziellen Daten stammen aus einer Sozialhilfestichprobe aus dem Jahr 1997.

Wenn 1.000 alleinerziehende Mütter, die 1997 Sozialhilfe bezogen haben, aufgrund bedarfsge-rechter Kinderbetreuung erwerbstätig werden könnten, hätten die Sozialhilfeträger ungefähr 6,5 Mio. Euro einsparen können. Bei der selben Anzahl alleinerziehender Mütter mit Hochschulabschluss, deren jüngstes Kind im Schulalter ist, würden weniger Kosten von bis zu 10,8 Mio. Euro entstehen, gingen diese einer Erwerbstätigkeit nach.

Die Ergebnisse des Gutachtens zeigen, dass ein Ausbau von Kindertageseinrichtungen von volkswirtschaftlichem Nutzen ist. Neben der Frage nach den Kosten eines Ausbaus sollten daher auch die Multiplikatoreffekte - Einsparungen und Einnahmen bei der öffentlichen Hand - eines solchen Vorhabens mitberücksichtigt werden.

**Info:**

Literatur: C. Katharina Spieß et al.: Abschätzung der (Brutto-)Einnahmenseffekte öffentlicher Haushalte und Sozialversicherungsträger bei einem Ausbau von Kindertageseinrichtungen. Gutachten des DIW Berlin im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. 2002.

Kontakt: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Postfach, 14191 Berlin, Deutschland, Tel: +49-30-89789-0, Fax: +49-30-89789-200, <http://www.diw.de/>  
Dr. C. Katharina Spiess, E-Mail: [kspiess@diw.de](mailto:kspiess@diw.de)

## Was europäische Staaten für Familien leisten

### ⊕ Ein Überblick familienpolitischer Maßnahmen innerhalb und außerhalb der EU

In Europa werden verschiedene familienpolitische Maßnahmen eingesetzt, um Familien bei der Kinderbetreuung zu unterstützen. Sonja Dörfler, Soziologin am Österreichischen Institut für Familienforschung (ÖIF), gibt in zwei Berichten einen Überblick über Förderungen in EU-Mitgliedstaaten sowie in Nicht-EU-Mitgliedstaaten, die an Österreich angrenzen und aus denen MigrantInnen nach Österreich kommen. In erster Linie geht es um monetäre Unterstützungen für Familien, zum Teil werden auch steuererleichternde Maßnahmen angeführt.

Der erste Working Paper (Nr. 22) stellt staatliche Maßnahmen vor, die entweder externe oder innerfamiliäre Kinderbetreuung unterstützen oder eine Wahlmöglichkeit zwischen beiden Betreuungsformen eröffnen. Es werden nur monetäre Leistungen für Kinderbetreuung berücksichtigt, die für Kinder unter sechs Jahren bestimmt sind. Bei den untersuchten Ländern handelt es sich um Deutschland, Finnland, Frankreich, Island, Kroatien, Luxemburg, Norwegen, Österreich, Serbien-Montenegro, Slowakei, Ukraine und Ungarn.

Das zweite Working Paper (Nr. 30) thematisiert familienpolitische Leistungen in ausgewählten europäischen Staaten außerhalb der Europäischen Union. Es werden jene Maßnahmen vorgestellt, die in ihrer Zielrichtung mit dem österreichischen Kinderbetreuungsgeld vergleichbar sind.

Inhaltlich stehen neben Leistungen auch arbeitsrechtliche Fragen rund um den Karenzurlaub und um Mutterschaft im Blickfeld. Weiters finden sich in diesem Working Paper längerfristige Leistungen für die Bedürfnisse eines Kindes, die der Familienbeihilfe in Österreich entsprechen. Untersucht wurden Nachbarstaaten Österreichs sowie Länder, aus denen MigrantInnen nach Österreich kommen: Kroatien, Lettland, Norwegen, Polen, Schweiz, Serbien-Montenegro, Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ukraine und Ungarn.



#### Info:

##### Literatur:

Sonja Dörfler: Familienpolitische Maßnahmen zum Leistungsausgleich für Kinderbetreuung - ein Europavergleich. Working Paper Nr. 22 / 2002. ÖIF Wien.

Sonja Dörfler: Familienpolitische Leistungen in ausgewählten europäischen Staaten außerhalb der Europäischen Union. Working Paper Nr. 30 / 2002. ÖIF Wien.

Kontakt: Mag. Sonja Dörfler, Psychosoziale Abteilung am Österreichischen Institut für Familienforschung (ÖIF), Gonzagagasse 19/8, A-1010 Wien, Tel: +43-1-5351454-20, E-Mail: sonja.doerfler@oif.ac.at